



STANDPUNKT

focus 4/15

Juni

Der Gedanke an die Solidarität darf nicht aussterben



Judith Stamm

war 16 Jahre Nationalrätin und präsierte den Rat 1996/97. Sie stand verschiedenen gemeinnützigen Organisationen vor.

«Dass ich erkenne, was die Welt im Innersten zusammenhält» lässt Goethe seinen Faust im ersten Teil seines Stückes sagen. Dieser Ausspruch kommt mir in den Sinn, wenn ich über den sozialen Zusammenhalt in den Städten nachdenke. Was ist es denn, was die Städte «im Innersten» zusammenhält? Diese Städte, die von so mannigfaltigen Menschen bevölkert, bewohnt und besucht werden? Da finden wir Junge und Alte, Reiche und Arme, Angehörige verschiedenster Weltanschauungen, Religionen und Kulturen, um nur einige Unterscheidungsmerkmale zu nennen.

Ist es die Geschichte einer Stadt, die verbindet? Sind es ihre Feste, die gemeinsam gefeiert werden? Oder sind es die landschaftlichen und architektonischen Schönheiten, die allen «gratis und franko» zur Verfügung stehen? Wenigstens allen, die noch mobil sind, Verkehrsmittel benützen und Aussichtspunkte erreichen können.

Für mich sind nicht zuletzt funktionierende Dienstleistungen eine Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt einer Stadt. Diese zeigen sich beispielsweise im respektvollen Umgang mit der älteren Bevölkerung in Institutionen, beim Instandhalten von Schulhäusern und Spielplätzen, beim öffentlichen Verkehr, der Abfallentsorgung, der Pflege von Bäumen und Parks und was

der Aufgaben einer Stadt noch mehr sind. Und wir Bürgerinnen und Bürger sind stolz, wenn alles korrekt und zuverlässig abläuft und schön aussieht. Dieser Stolz schafft auch Identifikation mit dem Ort, an dem wir leben. Nicht vergessen sollten wir aber, dass es immer Menschen sind, die da für uns arbeiten, und die unseren Dank verdienen: Der Strassenreiniger, der Buschauffeur, der Polizist. Und auch die Wirtin oder der Wirt in unserem Lieblingscafé.

Und da kommt vielleicht der Punkt, wo die berühmte Frage gestellt werden soll, die Präsident John F. Kennedy 1961 in den USA in seiner Antrittsrede formulierte: «Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann – fragt was Ihr für euer Land tun könnt?»

Auf unser Thema angewendet: die Dienstleistungen unserer Stadt bezahlen wir mit unseren Steuergeldern und wir bestimmen darüber in Abstimmungen. Aber wir konsumieren sie auch ausgiebig und halten sie für selbstverständlich.

Was aber tun wir persönlich für den sozialen Zusammenhalt unserer Stadt? Für die Einsamen, für die (noch) nicht Integrierten, für die Randständigen? Die Antwort darauf muss jede und jeder aufgrund der eigenen Möglichkeiten finden. Aufgaben, welche auch bestens organisierte Städte nicht abdecken, gibt es genug. Auf der Luxusinsel Schweiz lässt es sich sehr komfortabel leben. Aber auch bei uns darf der Gedanke der Solidarität nicht aussterben!

Liebe Leserin, lieber Leser

In den Städten leben verschiedenste soziale Gruppen: Sie unterscheiden sich beispielsweise im Wohlstand, in der Herkunft, in den Berufen und im Alter. Doch wie steht es um den sozialen Zusammenhalt unter den Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohnern? Ist der unsichtbare «Kitt», der alles zusammenhält und unsere Städte so lebenswert macht, eine Selbstverständlichkeit?

Nein, das ist er nicht. Der Städteverband macht den sozialen Zusammenhalt in den Städten deshalb zum Thema des Städtetages in Genf und Lancy und zum Thema dieses «focus». Wir möchten darüber nachdenken, was getan werden muss, damit sich in Zukunft zwischen den Menschen in den Städten keine Gräben auftun. Denn nur wenn das Leben und die Politik in den Städten weiterhin durch ein Miteinander geprägt sind, können diese auch vorwärts gehen.

Ihre focus-Redaktion

Inhalt

Standpunkt	1
Interviews	2,3
Thema	4
Session und Vernehmlassungen	5
Städteverband im Fokus	6
Agenda	7

INTERVIEW

«Die Vereine tragen viel zum Gemeinschaftssinn bei»


Frédéric Renevey
Stadtpräsident von Lancy

In seinem Departement ist Frédéric Renevey für das Sozialamt, die Sicherheit und den Sport zuständig. Als ausgebildeter Historiker arbeitet er zudem als Lehrer. Bevor er 2007 für die SP in die Stadtregierung Lancys gewählt wurde, war er von 1995 bis 2003 Teil der Legislative. Er ist bereits ein Jahr Stadtpräsident Lancys und wird dieses Amt für ein weiteres Jahr inne haben.

Der «soziale Zusammenhalt» wurde als Leitthema für den Städtetag gewählt, den Lancy mitorganisiert. Wie würden Sie den sozialen Zusammenhalt definieren?

In meinen Augen geht es vor allem um die Solidarität unter den Bürgerinnen und Bürgern. Frauen und Männer, Junge und Alte, Reiche und Arme und Schweizer und Ausländer müssen sich gegenseitig solidarisch zeigen.

Welchen Einfluss haben politische Instanzen und die öffentliche Hand auf den Zusammenhalt? Entziehen sich gewisse Entwicklungen nicht schlicht dem Einfluss der Städte und Gemeinden?

Nun, mich dünkt, dass die kommunale Ebene insbesondere mit der Globalisierung wieder an Bedeutung gewinnt. Denn die Gemeinde ist für die Bevölkerung der unmittelbarste und nächste Ort des sozialen Kontaktes. Die Grösse der Stadt und Gemeinde spielt dabei eine entscheidende Rolle: In einer kleinen Stadt kennt man sich noch eher als in einer grossen Metropole. Gerade in Zeiten, in denen sich die Wohnbevölkerung einer Grossstadt stetig ändert, weil Zuzüger kommen und Abwandernde gehen, kann das Quartier verstärkt zu einem Bezugspunkt werden.

In Bezug auf den sozialen Zusammenhalt liegt vieles in den Händen der Vereine in den Quartieren. Sport- und Kulturvereine haben die Möglichkeit, den Austausch in der Bevölkerung zu stärken und das Engagement und

die Teilhabe an der Gemeinschaft zu wecken. Der Vereinsgedanke dünkt mich extrem wichtig. Wir unterstützen von seiten der Stadt deshalb auch das Vereinsleben, indem wir Räume subventionieren und Material zur Verfügung stellen, beispielsweise für Feste.

Welche spezifischen Probleme bestehen in Lancy, wenn es um den sozialen Zusammenhalt geht?

Lancy ist in den letzten Jahrzehnten gewaltig gewachsen: Von rund 3000 Einwohnern vor 1960 auf 32000 Bewohner heute. Wir haben eine rasante Urbanisierung erlebt, die noch nicht abgeschlossen ist. Lancy ist attraktiv: Mehrere grosse Unternehmen haben hier ihren Sitz und bieten Arbeitsplätze, wir verfügen über ein gutes Netz beim öffentlichen Verkehr und sind nahe an Genf. Aber diese Urbanisierung hat auch Nebenwirkungen. In den Neubauquartieren, die entstanden sind, identifizieren sich die neuen Bewohner noch nicht mit ihrem Wohnort. Wir brauchen dort deshalb neue Infrastrukturen für die Sport- und Quartiervereine. Das, was wir bereits haben, ist restlos ausgebucht.

Was unternehmen Sie in den Quartieren, die den Ruf haben, «schwierig» zu sein?

Es gibt tatsächlich einige Quartiere, in denen es nicht einfach ist, etwas für den sozialen Zusammenhalt zu tun. Der Kanton unterstützt glücklicherweise Projekte mit einem spezifischen Fonds. Wir versuchen, die Wünsche und

Anliegen der Bevölkerungsgruppen in diesen Quartieren genau zu erfassen. So haben wir beispielsweise ein Outdoor-Fitness für Jugendliche aufgebaut, die keine Freizeitbeschäftigung hatten und die in der Nähe eines Altersheims die Zeit tot schlugen.

Das Alterszentrum hat sich übrigens an den Kosten beteiligt und wir haben auch Geräte installiert, die von den Betagten genutzt werden können. Solche Massnahmen können auch den Austausch zwischen Bevölkerungsgruppen fördern, die ansonsten kaum miteinander sprechen würden.

Wie wird Lancy in 20 Jahren aussehen?

Die Stadt wird noch einen deutlich urbaneren Charakter aufweisen, als heute. Die Integration der Neuzuzüger wird uns dann aber gelungen sein, es werden weitere neue Wohnbauquartiere entstehen, ohne dass dabei aber die Lebensqualität leidet. Dies nicht zuletzt, weil wir unseren grossen Parks Sorge tragen.

Am 27. und 28. August empfangen Genf und Lancy die Mitglieder des Städteverbandes zum traditionellen Städtetag. Als Thema der Zusammenkunft wurde der «Soziale Zusammenhalt» gewählt. In einem Doppelinterview umreissen die Stadtpräsidentin Genfs und der Stadtpräsident von Lancy die sozialpolitischen Herausforderungen ihrer Orte.

INTERVIEW

«Mit der Globalisierung wird die Politik wichtiger denn je»

Esther Alder**Stadtpräsidentin von Genf**

Alder war für die Grüne Partei von 1995 bis 1997 Mitglied des Genfer Stadtparlaments. Anschliessend trat sie ins Kantonsparlament ein und blieb dort bis 2009. In die Stadtregierung wurde die diplomierte Sozialarbeiterin 2011 gewählt und in diesem Jahr bestätigt. Sie führt das Sozialdepartement und trat am 1. Juni für ein Jahr das Amt der Stadtpräsidentin an. Sie ist Mutter von zwei Kindern.



Sie zitieren oft die Präambel der Bundesverfassung. Da steht, dass die «Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen» misst. Liesse sich so auch Ihre Definition des sozialen Zusammenhalts zusammenfassen?

Diese Präambel ist hochaktuell! Ich bin in der Tat der Meinung, dass eine Gesellschaft, die ihre schwächsten Mitglieder links liegen lässt, ihre Verantwortung nicht wahrnimmt. Das Departement, für das ich verantwortlich bin, hat einen doppelten Auftrag: Die finanzielle Unterstützung der Bedürftigen zu sichern zum einen und das Wohlergehen aller zu vergrössern zum zweiten. Letzteres nicht zuletzt indem die Risiken sozialer Isolation verkleinert werden. In der städtischen Sozialpolitik geht es zurzeit insbesondere darum, die Kontakte zwischen der Verwaltung und der Bevölkerung in den Quartieren auszubauen, etwa indem das Vereinsleben gestärkt wird und die Quartierbevölkerung ins Stadtleben eingebunden wird.

Welchen Einfluss haben politische Instanzen und die öffentliche Hand auf den sozialen Zusammenhalt? Entziehen sich gewisse Entwicklungen nicht schlicht ihrem Einfluss?

Die Politik hat einen grossen Einfluss auf den sozialen Zusammenhalt – und dies nicht etwa nur im Bereich der Sozialpolitik. In einer Welt, die mehr und mehr globalisiert und liberalisiert ist, ist es notwendig, dass die Poli-

tik Grenzen und Regeln setzt, beispielsweise um den Reichtum fairer zu verteilen oder um unsere natürlichen Ressourcen und die Natur zu schützen. Kurzum: Es braucht die Politik, um die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger zu bewahren.

Die Stadt Genf hat sich in den letzten 15 Jahren stark gewandelt. Sie ist gewachsen und ihre Bevölkerung hat sich verändert. Damit haben sich auch die sozialen Fragestellungen verschoben. Die wirtschaftliche Dynamik der Stadt bringt grosse Umwälzungen mit sich und viele Familien haben Mühe, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Der Druck auf einige Bevölkerungsgruppen hat sich deutlich erhöht. Die Zahl der Menschen, die von Unterstützungsleistungen oder der Sozialhilfe abhängig ist, ist auf einem historischen Höchststand. Diese Entwicklungen haben auch einen Einfluss auf den sozialen Zusammenhalt. Die Politik muss Antworten auf die Fragen der Bevölkerung finden.

Nichtsdestotrotz haben wir aber noch immer eine sehr hohe Lebensqualität in Genf.

Welches sind die drängendsten Probleme, die gelöst werden müssen, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Und wo sehen Sie Handlungsbedarf für die Zukunft?

Zwei Dinge stehen ganz oben auf meiner Prioritätenliste: die Problematik der alternen Gesellschaft und die Integration der Jugendlichen. Die Stadt hat verschiedene Pro-

jekte lanciert, um in sozialen Brennpunkten zu reagieren, ich habe beispielsweise die Aufnahmekapazität der Obdachlosenunterkünfte im Winter verdoppelt und die Finanzierung dieses Angebots gesichert. Die Stadt bietet zudem besondere Nothilfeleistungen für Mittellose an, es geht dabei um eine Grundversorgung bei Hygiene und Ernährung.

Seit zwei Jahren existiert ein «Schulgeld»: Familien mit tiefem Einkommen erhalten rund 130 Franken, wenn ein Kind eingeschult wird. Damit können Schulthefts oder Schreibzeug gekauft werden. 2012 habe ich zudem eine Kampagne lanciert, um Betagte, die bescheiden leben, über Zulagen zu informieren, die ihnen zustehen, die sie aber nie eingefordert haben – sei es aus Unwissen oder aus Scham.

Unter anderem dafür haben wir vier zentrale Auskunftsstellen geschaffen, die den Betroffenen zur Verfügung stehen, um ihre Probleme zu schildern und sich beraten zu lassen.

Wie könnte Genf in 20 Jahren aussehen?

Ich wünsche mir, dass Genf eine beispielhafte Stadt im Bereich des sozialen Zusammenhalts wird. Wobei das Soziale auch in der Arbeitswelt und in der Freizeit wichtiger werden wird: Der IT-Sektor bietet Co-Working-Spaces und in der Freizeit geht man in den Gemeinschaftsgarten. In dieser Art wird es weitere Projekte geben. Viele Städte sind übrigens schon heute aktiv und entwickeln so die Stadt der Zukunft: Eine vernünftigeren, nachhaltigeren und solidarischeren Stadt.

THEMA

Standortvorteil soziales Miteinander: Bröckelt der soziale Kitt der Schweiz?

Nicht wenige sehen den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht, weil die Individualisierung der Gesellschaft die traditionellen Foren des öffentlichen Lebens gefährdet. Tatsächlich ist das Engagement junger Menschen in der Schweiz situativer und flüchtiger geworden. Ist damit die Zivilgesellschaft am Ende? Nein, aber sie steht vor grossen Herausforderungen, weil sie neue Organisationformen braucht.



Markus Freitag

Markus Freitag ist Professor für Politische Soziologie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Vor nahezu 20 Jahren schreckte der Politologe Robert Putnam mit seiner Diagnose einer schrumpfenden amerikanischen Zivilgesellschaft und den damit verbundenen verheerenden Folgen die Welt auf. Als Folge widmeten sich seither unzählige Analysten, Chronisten und Feuilletonisten den Entwicklungen des sozialen Miteinanders und diskutieren dessen Wert für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Etikettiert als Sozialkapital äussert sich der Nutzen sozialer Beziehungen für die Wirtschaft in der Senkung marktwirtschaftlicher und unternehmerischer Transaktionskosten. Die Politik verbindet soziales Kapital mit der Funktions- und Leistungsfähigkeit von Demokratien und für die Gesellschaft werden die sozialintegrativen Leistungen der Gemeinschaftlichkeit einem grassierenden Individualismus und Personenkult entgegengestellt.

Partysgesellschaft versus Debattenkultur

Instanzen zur Förderung des Gemeinsinns sind mehr denn je gefragt, schenkt man den Gesellschaftsdiagnosen jüngeren Datums Glauben, die den sozialen Kitt auseinanderbröckeln sehen. Medialisierung, Individualisierung und veränderte Lebensgewohnheiten fordern die Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Miteinanders zunehmend heraus und gefährden mit Nachdruck die Fundamente des sozialen Zusammenhalts. Peter Bichsel gibt den heutigen Zuständen ein Gesicht und übertrug unlängst die Befürchtungen Putnams auf die Schweiz: «Man trifft sich nicht mehr in der Käserei, nicht mehr Samstags beim Dorf- friseur, nicht mehr in der verrauchten Dorfbeiz. Man trifft sich nicht mehr auf dem Dorfplatz. Was einmal Öffentlichkeit hiess, verkommt zur Grill- und Partysgesellschaft – man bleibt unter

sich und trifft ein Leben lang dieselben Leute. Man lebt nicht mehr unter allen, sondern nur noch unter sich. Das ist der Trend, und nicht nur ein schweizerischer, und diesen Trend hat niemand gewollt, der geschieht schleichend und ohne dass wir es bemerken. Und das ist halt so. Ich fürchte nur, dass letztlich Demokratie ohne Öffentlichkeit nicht funktionieren kann, ohne das Gefühl des Zusammenlebens, des Dazugehörens zu allen.» Kurzum: Der Gemeinschaft wird Stück für Stück der Kontaktboden unter den Füssen weggezogen.

«Selbstverwirklichung, Lebensgenuss oder der stete Drang nach Abwechslung stehen der Bereitschaft zum regelmässigen, verpflichtenden und langfristig ausgerichteten Engagement entgegen.»

Ein guter Teil dieses wahrgenommenen Verlustes an Gemeinschaftlichkeit wird dem Aufkommen der digitalen Revolution zugeschrieben. Den unbestrittenen Vorteilen der Social Media als unerschöpfliche Quellen von Informationen stehen ernstzunehmende Nachteile der digitalen Welt entgegen: Online-Plattformen legen dem sozialen Austausch von Angesicht zu Angesicht die Schlinge um den Hals, wenn die Informationen aus dem Netz dem nachbarschaftlichen Gang zur Erkundung von Neuigkeiten vorgezogen werden. Zudem stehen Werte der Selbstentfaltung wie Ungebundenheit, Selbstverwirklichung, Lebensgenuss, oder der stete Drang nach Abwechslung der Bereitschaft zum regelmässigen, verpflichtenden und langfristig ausgerichteten Engagement in Vereinen und Behörden entgegen.

Die Daten zur Schweizer Zivilgesellschaft können das düstere Bild der anekdotischen Evidenzen nicht pauschal bestätigen. Etwa zwei Drittel der Bevölkerung sind in Vereine eingebunden, zwischen 20 und 30 Prozent üben dabei noch eine unbezahlte Tätigkeit zugunsten Dritter aus. Mit Ausnahme eines rücklaufenden Austausches mit den Nachbarn fin-

den wir seit der Jahrtausendwende weiterhin nur wenig Hinweise für einen abnehmenden Rückhalt der Schweizer Bevölkerung im Umfeld des Familien-, Freundes- und Bekanntenkreises. Zusätzlich belegen die Auswertungen ein beständiges Niveau an Vertrauen in die Mitmenschen in der Schweizer Bevölkerung seit Beginn der 1990er Jahre. Im internationalen Vergleich erreicht die Schweiz bei diesen Gesichtspunkten sozialen Zusammenlebens zudem verhältnismässig hohe Werte und reiht sich damit ohne grosse Ausnahme unter den fünf bis zehn sozialkapitalstärksten Nationen Europas ein.

Vereinsarbeit muss erlernt werden

Allerdings lassen sich gegenwärtig durchaus auch ernsthafte Anzeichen eines Niedergangs der Schweizer Zivilgesellschaft erkennen. Dieser äussert sich etwa im Rückgang der generellen Vereinseinbindung seit Beginn der 1970er Jahre oder auch in der stärker hervortretenden Untervertretung der Jugend in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Während in den 1970ern unter allen Vereinsmitgliedern noch rund die Hälfte aus den Reihen der 20-39-Jährigen bestand, hat sich der Anteil dieser Alterskohorte heute halbiert. Diese Zahlen können als ein alarmierendes Signal hinsichtlich künftiger Entwicklungen im Vereinsektor und dem damit zusammenhängenden Sozialkapital gedeutet werden: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Auch weisen nicht alle Vereinssparten die gleichen stabilen Verläufe auf. Wo Sportvereine einen nahezu unveränderten Bestand über die Jahre aufweisen, haben Interessenverbände, Parteien oder auch die Pfadibewegung stärker mit Verlusten zu kämpfen. Hinzu kommt das problematischer werdende Unterfangen, politische Ämter auf lokaler Ebene zu besetzen, um das Milizwesen in Gang zu halten. Es ist zweifelsfrei etwas Sand im zivilgesellschaftlichen Getriebe der Schweiz, der soziale Kitt scheint an einigen Stellen porös zu werden. Risse tun sich vor allem dort auf, wo das spassige Miteinander pro-soziale Verpflichtungen und gemeinwohlorientierte Verbindlichkeiten einfordert.



Bei NZZ-Libro ist kürzlich ein Buch von Markus Freitag zum sozialen Kapital der Schweiz erschienen: www.nzz-libro.ch

POLITIK

Rückblick auf die Sommersession

Die Sommersession der Eidgenössischen Räte war geprägt von langen Debatten zum nationalen Finanzausgleich und der Milchkuhinitiative. Im Fokus der Aufmerksamkeit des Städteverbandes stand darüber hinaus vor allem die Kulturbotschaft. Der Ständerat hat zudem die Reform des Asylwesens beraten, die der SSV ebenfalls eng begleitet.

NFA: Kompromiss erzielt

Der Ressourcen- und Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen wurde in der Sommersession von beiden Räten mehrmals behandelt. Der Nationalrat beharrte zu Beginn darauf, die Geberkantone um jährlich 134 Millionen Franken zu entlasten. Der Ständerat stimmte seinerseits einem Kompromiss der Kantone zu, welcher eine Entlastung der Geberkantone um 67 Millionen Franken vorsah. Der Nationalrat zeigte sich schlussendlich einverstanden mit diesem Kompromiss. Der Grundbeitrag für den Ressourcenausgleich wird um insgesamt 165 Millionen Franken pro Jahr gesenkt – der

Bund zahlt 98 Millionen und die Geberkantone 67 Millionen Franken weniger.

Asylreform unterstützt

Der Ständerat hat die Revision des Asylgesetzes verabschiedet. Mit der Neuorganisation der Asylverfahren soll die maximale Dauer bis zu einem rechtsgültigen Asylentscheid auf rund 140 Tage gesenkt werden. Während des Verfahrens werden die Asylsuchenden künftig in einem Bundeszentrum untergebracht. Einer kostenlosen Beratung und Rechtsvertretung für die Asylsuchenden wurde ebenfalls zugestimmt. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.

Kulturbotschaft klar angenommen

Nach dem Ständerat stimmte in der Sommersession auch der Nationalrat für die Kulturbotschaft der Förderperiode 2016-2020. Das Schweizer Kulturschaffen wird mit rund 1,13 Milliarden Franken unterstützt – rund 3,4 Prozent mehr im Vergleich zur vergangenen Förderperiode. Der Städteverband hat sich sehr

für die Verabschiedung der Kulturbotschaft eingesetzt und ist über das Resultat erfreut.

Milchkuh-Initiative wird zur Ablehnung empfohlen

Die Räte sind sich einig und lehnen die Initiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» ab. Auch für den Nationalrat waren die drohenden Steuerausfälle von 1,5 Milliarden Franken das ausschlaggebende Argument gegen die Initiative. Der Städteverband begrüsst diese Entscheidung, der Vorstand hatte bereits im Dezember 2014 die Nein-Parole gefasst.

Der Ständerat hat weiter über die Totalrevision des Gütertransportgesetzes verhandelt und spricht sich im Gegensatz zum Nationalrat gegen eine teilweise Privatisierung und die Auslagerung des Güterverkehrs aus. Die neuen Regeln für den Güterverkehr waren jedoch im Grundsatz unbestritten. Für die nächsten vier Jahre hat der Ständerat den Kredit um 40 Millionen auf 250 Millionen Franken aufgestockt.

Vernehmlassungen

Positive Beurteilung der Verfassungsbestimmung von KELS

Der Schweizerische Städteverband äussert sich positiv zur vorgeschlagenen Verfassungsbestimmung über ein Klima- und Energielenkungssystem (KELS). Aus Sicht der Städte und städtischen Gemeinden ist eine effiziente und ökologische Lenkungswirkung nur dann zu erreichen, wenn die Lenkungsabgabe in einer angemessenen Höhe und einheitlich auf allen nicht erneuerbaren Energiequellen (Brenn- und Treibstoffe, Strom) erhoben wird. Auch legt der Städteverband grossen Wert darauf, dass die Erträge dieser Lenkungsabgabe staatsquotenneutral an die Haushalte und Unternehmen zurückverteilt werden.

Im Hinblick auf die energie- und klimapolitischen Ziele vieler Städte und Gemeinden ist ein Lenkungssystem effizienter als die derzeitige Förderpolitik. Allerdings fordert der Städteverband, dass das Lenkungssystem so ausgestaltet wird, dass es auch Wirkung erzielt und die Abschaffung der bisherigen Massnahmen

daran gekoppelt wird, dass das neue System seine Ziele auch erreicht.

Mehr rechtliche Handhabe im Kampf gegen Abfallsünder

Die rechtliche Praxis bei Littering-Strafen schweizweit zu vereinheitlichen, ist das Ziel der neuen Norm, die kürzlich vom Bundesrat vorgestellt wurde. Eine Mehrheit der Städte begrüsst die Regeln, die als Reaktion auf eine Parlamentarische Initiative ausgearbeitet worden sind. Allerdings verweisen die Städte darauf, dass bereits heute mehrere Kantone und Gemeinden eigene Strafnormen ausgearbeitet haben und damit unterschiedliche Erfahrungen sammeln. Die Problematik lässt sich nicht alleine mit Repressionsmassnahmen in Griff kriegen und es hat sich insbesondere gezeigt, dass bei der Anwendung der Strafartikel Schwierigkeiten bestehen, weil Abfallsünder praktisch nur gebüsst werden können, wenn sie «in flagranti» erwischt werden. Dies bedingt eine hohe Polizeipräsenz. Die Städte und die Fachorganisation Kommunale Infrastruktur OKI verweisen auch darauf, dass ihre Erfahrungen bei der Festle-

gung der Bussenhöhe berücksichtigt werden sollten, die diesbezügliche Bandbreite liegt zwischen 30 bis 80 Franken. Die vom Bundesrat genannte Summe von 100 Franken wird vielenorts als unverhältnismässig hoch angesehen.

Auslandsschweizerverordnung vereinfacht Aufgaben der Stimmgemeinden

Der Schweizerische Städteverband ist mit den Bestimmungen der neuen Auslandsschweizerverordnung (V-ASG) im Grundsatz einverstanden. Sinnvoll sind die Vereinfachungen für die Gemeinden, die für den Versand des Abstimmungsmaterials zuständig sind. Bemängelt werden in der Analyse des vorgeschlagenen Verordnungstextes aber die teilweise zu kurzen Fristen, die vorgesehen sind. So ist für die ausländischen Stimmbürger die Zeitlimite für die Anmeldung zur Teilnahme am Urnengang eher knapp bemessen.

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Städteverband fordert Kompensation für Städte und Gemeinden bei USR III



Der Städteverband kritisiert den bundesrätlichen Vorschlag zur Unternehmenssteuerreform III (USR III). Die Notwendigkeit der Steuerreform ist für den Städteverband unbestritten; die bis anhin angewandten Sondersteuerregimes sollen aufgehoben werden. Die nun vom Bundesrat verabschiedete Botschaft zur USR III ist aus Sicht der Städte insofern mangelhaft, als sie keine angemessene Kompensation der Steuerausfälle von Städten und Gemeinden vorsieht. Nach Hochrechnungen des Städteverbandes hätte die Senkung der kantonalen Gewinnersätze auf 15 % für die kommunale Ebene Steuerausfälle von rund 1,5 Milliarden Franken zur Folge. Angesichts knapper Kassen in vielen Städten und Gemeinden sind derartige Steuerausfälle ohne gesicherte Kompensation nicht zu verkraften. Für den Städteverband muss die vom Bundesrat vorgestellte Reform auch auf die Finanzlage von Städten und Gemeinden Rücksicht nehmen.

www.staedteverband.ch

Frühlingskonferenz widmet sich den Grundlagen der Sozialpolitik



Die Städteinitiative Sozialpolitik, das Fachgremium der städtischen Sozialvorstehenden und leitenden Angestellten, widmete sich an ihrer Frühlingskonferenz in Wil aktuellen Fragen und dem Regelwerk in der Sozialhilfe. Anlass zu dieser Grundlagenarbeit bestand aus zwei Gründen: Zum einen hatte der Bundesrat zu Beginn des Jahres seinen Bericht zum Handlungsbedarf in der Sozialhilfe veröffentlicht und zum zweiten haben die Kantone vor kurzem entschieden, welche Anpassungen bei den SKOS-Richtlinien vorgenommen werden sollen. Die kantonale Sozialdirektorenkonferenz (SODK) wird die SKOS-Richtlinien künftig genehmigen. Die Städteinitiative Sozialpolitik begrüsst dieses Vorgehen und hofft, dass die Richtlinien dadurch schweizweit eine grössere Verbindlichkeit erhalten und so ein negativer Sozialhilfewettbewerb verhindert wird. Allerdings ist eine Mehrheit der Mitglieder der Ansicht, dass langfristig wohl dennoch zusätzliche bun-

desrechtliche Massnahmen notwendig sind. Die Städteinitiative Sozialpolitik verabschiedete zudem eine aufdatierte Version ihres Positionspapiers, das u.a. das Ziel festlegt, den Sozialhilfewettbewerb zu verhindern. www.staedteinitiative.ch

Städtekonferenz Mobilität: Potenzial des Velos für den Stadtverkehr nutzen



Am jüngsten Anlass der Städtekonferenz Mobilität (SKM) diskutierten am 15. Juni 2015 in Bern rund 60 Vertreterinnen und Vertreter aus Schweizer Städten über Velopolitik. Um den Veloverkehr zu stärken, fordert die SKM von Bund und Kantonen eine konstruktive Zusammenarbeit bei Pilotversuchen, der Signalisation oder Massnahmen auf Kantonsstrassen. Erfolgreiche Projekte wie der «Pilotversuch für velofreundliche Lichtsignalanlagen» in Basel können dabei als Beispiele dienen. Die SKM befürwortet zudem die Anliegen der nationalen Veloinitiative. Die Aufnahme der Velowege in die Verfassung ermöglicht es dem Bund, sich vermehrt für den Veloverkehr einzusetzen. Wie grössere Infrastrukturmassnahmen sind auch Bikesharing-Systeme für die Veloförderung zentral. Aus Sicht der SKM sollen die verschiedenen-Systeme niederschwellig und mit untereinander kompatiblen Zugangssystemen benutzbar sein.

www.skm-cvm.ch

OKI: Wiederwahl von Alain Jaccard



An der Mitgliederversammlung der Organisation Kommunale Infrastruktur (OKI) vom 18. Juni 2015 in Bern standen die Gesamterneuerungswahlen des Vorstandes und des Präsidiums im Fokus: Dabei wurden Alain Jaccard, Chef du service Infrastructures, énergies et espaces publics der Stadt Morges als Präsident und Beat Ammann, Direktor der ara region bern ag als Vize-Präsident je einstimmig für eine dritte Amtsperiode bestätigt. Im laufenden Jahr setzt OKI Schwerpunkte bei den Themen Infrastrukturmanagement, Abfalllogistik und Kunststoffsammlungen, sowie der Erarbeitung einer neuen Empfehlung zu kommunalen Abwassergebührenmodellen.

www.kommunale-infrastruktur.ch

Kurzmeldungen

Weiterbildung für Bauherren

Verschiedene kantonale Immobilien- und Hochbauämter haben zusammen den Weiterbildungskurs «Bauherrenkompetenz KB'CH» lanciert. Das Angebot, bei dem ein CAS-Diplom der Hochschule Luzern erlangt werden kann, richtet sich auch an Mitarbeitende städtischer Bauämter. Die praxisorientierte Wissensvermittlung zeigt neben fachlichen Aspekten auch politische und verwaltungstechnische Verflechtungen auf. Dies vor dem Hintergrund, dass öffentliche Bauorgane viele verschiedene Anspruchsgruppen und -felder berücksichtigen müssen.

wb.technik-architektur@hlsu.ch

AEE-Kongress, 13. November 2015

Bereits zum vierten Mal organisiert die AEE SUISSE am 13. November in Basel ihren Nationalen Kongress der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz. Im Zentrum stehen Fragen rund um die Energiewende in Deutschland, die Digitalisierung und dezentrale erneuerbare Energieversorgung und die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende. Der Städteverband hat das Patronat der Veranstaltung übernommen.

www.aeesuisse.ch

Ausschreibung für den «Watt d'Or»

Das Bundesamt für Energie wird 2016 zum zehnten Mal den «Watt d'Or» verleihen. Bereits heute können Bewerbungen für diese Auszeichnung, die herausragende Leistungen im Energiebereich würdigt, eingereicht werden. Die Einreichfrist läuft bis Ende Juli, angemeldet werden können beispielsweise Geräte, Gebäude oder Technologien.

www.wattdor.ch

Preisverleihung «Gesunde Stadt»

Von acht nominierten Städten und Gemeinden erhalten am 1. Juli die Städte Genf und Prilly, sowie Stäfa und ein Gemeindeverbund im Kanton Appenzell Ausserrhoden den Preis «Gesunde Stadt 2015» resp. «Gesunde Gemeinde 2015». Die Preise würdigen vorbildliche Beispiele kommunaler Gesundheitsförderung. Aufgrund der Unterschiedlichkeit der Projekte wird auf eine Rangierung verzichtet.

www.radix.ch/preis2015

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 27./28. August 2015** **Städtetag 2015 «Was sichert den sozialen Zusammenhalt? Handlungsmöglichkeiten der Politik»** in Genf & Lancy
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 6. November 2015** **Nationale Tagung zur städtischen Alterspolitik** in Biel
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 20. November 2015** **Tagung «Gesund bleiben trotz hoher Arbeitsbelastung: Alarmzeichen ernst nehmen, Massnahmen kennen und umsetzen»** in Luzern
Information: www.stadtschreiber.ch

Organisation Kommunale Infrastruktur

- 14. September 2015** **Kommunikationsseminar: Aufbauseminar für Führungskräfte** in Bern
Information: Stephanie Glutz, Telefon 031 356 32 42, info@kommunale-infrastruktur.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 11. September 2015** **Mitgliederversammlung der Städteinitiative Bildung**
Information: Marcel Bachmann, Telefon 044 413 86 53, info@staedteinitiative-bildung.ch
- 23. Oktober 2015** **Herbstkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik**
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative.ch
- 29./30. Oktober 2015** **Delegiertenkonferenz der Städtekonferenz Kultur** in Sitten
Information: Martin Tschirren, Telefon 031 356 32 32, info@skk-cvc.ch

Weitere Organisationen

- 1./2. Juli 2015** **G21 swisustainability forum** in Lausanne (Patronat SSV)
Information: www.g-21.ch
- 18. August 2015** **SuisseID Forum 2015** in Bern (Patronat SSV)
Information: www.suisseid.ch
- 2. September 2015** **28. Forum Nachhaltige Entwicklung «Quartiere und Lebensqualität»** in Bern (Patronat SSV)
Information: www.are.admin.ch
- 13. November 2015** **AEE SUISSE Kongress 2015 «Die Energiewende vor der Abstimmung»** in Basel (Patronat SSV)
Information: www.aeesuisse.ch
- 16. November 2015** **29. internationales Europa Forum Luzern**
Information: www.europa-forum-luzern.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband (SSV), Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Julia Imfeld, Ariane Gigon (Übersetzungen), Maja Münstermann, Martin Tschirren, Roman Widmer
Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Portrait Frédéric Renevey (Seite 2): Rebecca Bowring / Ville de Lancy; Portrait Esther Alder (Seite 3): zvg.
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch